

Fraktion der Freien Demokraten zur heutigen Beratung eines Zustrombegrenzungsgesetzes

Die Freien Demokraten wollen eine neue Realpolitik in der Migration – und zwar noch vor der Bundestagswahl.

Und wir wollen, dass die demokratische Mehrheit aus der Mitte des Deutschen Bundestags diese neue Realpolitik in der Migration einleitet.

Weil wir wollen, dass Deutschland ein weltoffenes Land bleibt, das Einwanderung in seinen Arbeitsmarkt fördert und gleichzeitig die irreguläre Migration beendet.

Wir hielten es für richtig, dass das Zustrombegrenzungsgesetz kommt. Denn seine Inhalte entsprechen unseren eigenen Forderungen. Dazu gehört, dass die Bundespolizei für Abschiebungen zuständig sein soll, wenn Personen mit unerlaubtem Aufenthalt in ihrem Zuständigkeitsbereich aufgegriffen werden und dass der Familiennachzug zu subsidiär Schutzbedürftige ausgesetzt wird. Diese Schritte und weitere sind erforderlich, um in Deutschland eine neue Realpolitik in der Migration umzusetzen. **Deswegen haben wir dem zugestimmt.**

Die CDU/CSU-Fraktion hat ihren Gesetzentwurf dazu heute zur Abstimmung gestellt und bei der CDU/CSU-Fraktion lag die Verantwortung für die nötige Mehrheit.

Unser Ziel war es, diesen Weg zu Ordnung und Kontrolle der Migration in der demokratischen Mitte zu beschreiten. Deshalb haben wir heute jeden Beitrag dazu geleistet, damit es eine Einigung und eine Mehrheit in der Mitte gibt.

Wir waren bereit, den Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Ausschuss zurücküberweisen, um darüber und weitere Punkte ernsthaft zu verhandeln und sie am 11.02. mit den Stimmen der demokratischen Mitte des Deutschen Bundestags zu beschließen.

Wir haben den Fraktionen von SPD und Grünen das Angebot unterbreitet, im Gegenzug zu einer gemeinsamen Beschlussfassung des Zustrombegrenzungsgesetzes den bereits im Verfahren befindlichen rot-grünen Gesetzentwurf zur Europäischen Asylpolitik mit zu beschließen.

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben das verweigert. Das bedauern wir. Es geht insbesondere der SPD offenbar nicht um die Sache, sondern um Wahlkampf. Das schwächt die demokratische Mitte und damit unsere Demokratie.

Denn der Gesetzentwurf war in der demokratischen Mitte des Hauses zustimmungsfähig. Schließlich entsprechen seine Inhalte im Wesentlichen den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz. Es ist deshalb unverständlich, dem im Bundestag nicht zuzustimmen.

Während die einen sich in den Schützengräben des Wahlkampfes verschanzen, haben wir alles dafür getan, um SPD und Grünen eine Brücke zu bauen und in der Sache vorwärts zu kommen – mit demokratischen Mehrheiten.

SPD und Grüne haben versagt. Zu oft sind wichtige Maßnahmen an ihnen gescheitert.

Wenn auf Ankündigungen keine Taten folgen, dann beschädigt das die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt. Rot-Grün wäre in der Pflicht gewesen, für eine Mehrheit ohne AfD zu sorgen. Durch Unterlassen und Blockade sorgen sie dafür, dass die politische Mitte hier nicht geschlossen entschieden hat und die politischen Ränder gestärkt werden.

Mit der Bundestagswahl gibt es die Chance auf eine demokratische Mehrheit für einen Richtungswechsel und echte Lösungen in der Migrationspolitik.